

tätigkeit das beste Zeugnis aus. Da nun einmal der Exjesuit Denis als Zeuge für den Niedergang der jesuitischen Studien angerufen wird, dürfte von Interesse sein, was der unverdächtige Hofmann-Wellenhof in dessen Biographie schreibt: „Auch dürfen wir nicht vergessen, daß speziell in Österreich die Träger und Förderer von Wissenschaft und Kunst im vorigen Jahrhundert zum nicht geringen Teil aus dem mächtigen Orden der Gesellschaft Jesu hervorgingen.“⁶⁴ Über die Leistungen der Gesellschaft auf dem Gebiete der Seelsorge, der Schule, der Wissenschaft sagt aber der Verfasser wenig, und das Wenige wird durch breite Darlegung von Schwächen, wie sie schließlich allem menschlichen Streben und Wirken anhaften, so aus dem Blickfeld verdrängt, daß der psychologische Eindruck, den der Durchschnittsleser mitnimmt, nur zu Ungunsten des Ordens ausfallen kann. Im Interesse der deutschen Wissenschaft wäre es zu bedauern, wenn diese Art von Geschichtschreibung Schule machte. Und so darf auch von dem Buche Veits gesagt werden, was in anderem Sinne Kirsch in der Vorrede zur 5. Auflage schrieb, daß durch ein solches Werk „ein Handbuch wie das Hergenröthersche in seiner ganzen Eigenart keineswegs unnütz“ wird⁶⁵.

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Die katholischen Schulen in Amerika haben, obwohl ihre Leistungen, an den Verhältnissen gemessen, oft erstaunlich sind, schwer um ihren Bestand zu ringen. „Niemand, der die heutige Lage des katholischen Schulwesens in den Vereinigten Staaten kennt“, schreibt die katholische Wochenschrift „America“ (11. Juli 1931, S. 317), „kann behaupten, daß der Kampf um die Errichtung von Schulen auf christlicher Grundlage landauf, landab gewonnen sei. Näher kommt der Wahrheit die Behauptung, daß besonders durch Entscheidungen des obersten Gerichtshofes wichtige Schlachten allerdings siegreich gewesen sind, daß der Krieg aber eigentlich erst begonnen hat.“ Die katholischen Schulen, heißt es in einem andern Aufsatz derselben Zeitschrift (8. August 1931, S. 422 f.), hätten wenig Geld und in jedem Staate zahlreiche Feinde. „Unsere Volksschulen machen mit ihren etwa 2½ Millionen Kindern und ihren unsichern Einnahmen neben den 25 Millionen Kindern in den reichlich ausgestatteten Staatsschulen einen dürftigen Eindruck.“ Die Stiftungen der Universitäten Harvard, Yale, Columbia, Chicago bewegen sich zwischen 108 Millionen und 59 Millionen Dollar, bei neun weiteren Universitäten betragen sie über 20 Millionen, bei achtundzwanzig andern immer noch über 5 Millionen; aber keine der vielen katholischen Universitäten hat über 3 Millionen Dollar, und alle zusammen haben wahrscheinlich nicht soviel wie die Univer-

⁶⁴ Migazzi, Maria Theresia und die Jesuiten: Stimmen aus Maria-Laach 38 (1890) 487 ff. Zu vergleichen wäre noch Duhr, Geschichte der Jesuiten IV, 2, 32 ff.

⁶⁵ Abgedruckt in Hergenröthers Handbuch der Kirchengeschichte I⁶ (1924) S. IX 1.

sität von Kalifornien mit ihren 14 Millionen Dollar. „In anderer Beziehung, z. B. an Wert der Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen, lassen sich katholische und nichtkatholische Schulen gar nicht vergleichen. ... In einem Lande, das viel auf das Äußere gibt und leicht vergißt, daß die innere Bedeutung einer Schule nicht nach Geld, Reagenzgläsern und biologischen Laboratorien zu beurteilen ist, sind diese Mängel für uns sehr nachteilig.“ Abgesehen von der Wirtschaftskrise wird der Kampf um den Fortbestand der katholischen Schulen auch dadurch erschwert, daß die Katholiken über wenig Einfluß in amtlichen Stellen verfügen. Nach einer Mitteilung in „America“ (15. August 1931, S. 438) sind der Präsident, der Vizepräsident, alle Kabinettsmitglieder und mit einer Ausnahme alle Richter des obersten Gerichtshofes nichtkatholisch. In keinem Staate ist der Gouverneur katholisch, aber in 43 Staaten ist er Freimaurer. „Obgleich ungefähr ein Sechstel der Bevölkerung katholisch ist, sind unter den 435 Mitgliedern des Kongresses nur 35 Katholiken, unter den 96 Senatoren nur sechs.“

Über die Lage der katholischen Kirche in England schreibt der ehemalige anglikanische Theologe Douglas Carter, der seit 1927 katholisch ist, in der von Löwener Jesuiten herausgegebenen „Nouvelle revue théologique“ (Juli 1931, S. 589 u. 592), die „wirkliche Gefahr“ sei die aller Minderheiten: „von den Nachbarn aufgesogen zu werden“, und für die nächsten Jahre sei wohl mit einer ernsthaften Krise zu rechnen, kaum mit einer merklichen Zunahme der Übertritte zum Katholizismus. „Die Kirche braucht dringend gebildete, mit der nichtkatholischen Geisteshaltung vertraute Laien. ... Ebenso bin ich überzeugt, daß die Stellung der katholischen Presse zum Anglikanismus vielen Anglikanern den Weg nach Rom erschwert. Wie die Anglikaner einmal sind, lassen sich ihre Vorurteile wohl durch ruhige Überlegung zerstreuen, aber lieblose Vorwürfe wecken nur Widerstand. Ich glaube sogar, daß die Kirche nichts verlöre, wenn ihre Presse sich mit dem Anglikanismus überhaupt nicht beschäftigte.“

Während der Protestantismus in China mit seiner halben Million Anhängern zahlenmäßig hinter den $2\frac{1}{2}$ Millionen Katholiken weit zurücksteht, hat er es verstanden, wie der Apostolische Delegat Celso Costantini in der Mailänder Monatschrift „Vita e Pensiero“ (Juli 1931, S. 399 f.) ausführt, einen starken Einfluß auf das chinesische Geistesleben zu gewinnen. Nach der ersten Überrumpelung durch die Revolution seien die protestantischen Missionare mit außerordentlichem Eifer von neuem an die Arbeit gegangen. Durch gut ausgestattete höhere Schulen und Universitäten, durch Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, durch Sport und gesellschaftliche Zirkel seien sie tief in die gebildeten Kreise eingedrungen. „Als nach der Revolution das erste Parlament zusammentrat, waren unter den 800 Abgeordneten 18 Protestanten und 1 Katholik. In der nationalistischen Regierung saßen einmal 6, einmal 8 protestantische Minister. ... Wie Sunyatsen, der Gründer der Republik, protestantisch war, steht auch jetzt an der Spitze der Regierung ein Protestant. ... Viele protestantische Frauen haben sich ein ausgedehntes modernes Wissen erworben, schreiben in Zeitschriften und treten in Versammlungen als Rednerinnen auf.“

„Die Eugenik und die Ehe- und Familiengesetzgebung

in Sowjetrußland“ (Berlin 1931, Dümmler) ist eine auf ersten Quellen beruhende Schrift des Görlitzer Frauenarztes Dr. med., phil., jur. Albert Niedermeyer betitelt. Sie bringt eine Fülle von Belegen für die physiologisch und psychologisch verheerenden Folgen der durch den bolschewistischen Staat herbeigeführten Familienzersetzung und der Freigabe des Abortus. Dennoch gibt es bereits „eine ausgesprochene Sowjeteugenik, wie es auch eine ausgesprochene Sowjetmedizin gibt“ (44). Der Arzt muß in materialistischer Weltanschauungslehre und Marxismus „besonders streng geprüft“ werden, weil nach Ansicht der Regierung ohne diese Voraussetzungen „eine richtige Auffassung des wechselseitigen Verhältnisses zwischen dem Organismus und seiner Umgebung nicht möglich ist“ (48). Vgl. diese Zeitschrift, September 1931, 406 ff.

Der internationale Freidenkernkongreß im ehemaligen Herrenhause zu Berlin verkündete in seiner Schlußsitzung am 7. September 1931 die Vereinigung der alten „Fédération internationale des sociétés de libre pensée“ mit der erst 1925 gegründeten „Internationale proletarischer Freidenker“. Zusammen haben die beiden Verbände ungefähr 800 000 Mitglieder. Mit Stimmeneinheit wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Freidenkerbewegung muß sich unmittelbar im Zusammenhang mit den politischen Tatsachen in die kulturelle Kampffront der Gegenwart einreihen. Die Freidenkerbewegung ist an keine politische Partei gebunden noch an eine Partei angeschlossen, aber ihr Leitgedanke ist der Sozialismus, ihr Ziel ist eine Gesellschaftsordnung der politischen, ökonomischen und kulturellen Freiheit. Denn nur eine sozialistische Gesellschaft gewährleistet die ungehemmte Entwicklung des freien Gedankens. In diesem Sinne hat die Freidenkerbewegung die Aufgabe, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampfe gegen den Faschismus zu unterstützen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist es notwendig, in allen Ländern eine freidenkerische Massenbewegung zu entfalten“ („Vorwärts“ Nr. 419, 8. September 1931). — Es ist klar, daß diese Entschließung nur die nichtsozialistischen Bindungen ablehnt und von den doch sehr starken sozialistischen Bindungen der „politischen, ökonomischen und kulturellen Freiheit“ schweigt. — Vgl. diese Zeitschrift, September 1931, 435 ff.

Die materialistische Richtung des japanischen Schulwesens findet bei der augenblicklichen Regierung keine Unterstützung mehr. Nach einem Privatbericht der Monatschrift „Die katholischen Missionen“ (September 1931, S. 263) erklärte der Unterrichtsminister den Missionaren: „Bis jetzt war die Politik unseres Ministeriums dem Materialismus zugewandt. Diese Haltung stand im Einklang mit dem Streben der Zeit, hat aber beklagenswerte Ergebnisse gezeitigt: einen wirklichen Niedergang der öffentlichen und privaten Moral, ein Aufblühen des Kommunismus und in der letzten Zeit sogar einen gewissen anarchistischen Geist. Wir müssen jetzt unser Erziehungssystem vom Materialismus befreien. Dafür scheint uns die Mitarbeit religiöser Erzieher notwendig, und wir wünschen sehnlichst ihre Hilfe.“

Die Beilegung des Streites zwischen dem Vatikan und der Faschistenpartei wurde vom „Osservatore Romano“ (Nr. 204, 3. Sep-

tember 1931) ganz unauffällig, ohne Überschrift mitgeteilt. Aus den drei Paragraphen der Abmachung ergibt sich, daß die „Katholische Aktion“ in Italien rein religiös und „wesentlich an die Bistümer gebunden ist, und daß sie unmittelbar von den Bischöfen abhängt“, daß die Bischöfe keine ehemaligen Mitglieder faschistenfeindlicher Parteien zu Führern ernennen dürfen, daß weder in der Betätigung noch in den Abzeichen etwas auf politische, gewerkschaftliche und sportliche Bestrebungen deuten soll, und daß sich auch die „Jugendvereine der Katholischen Aktion“ bei dem, was sie zur Erholung oder Erziehung ihrer Mitglieder veranstalten, auf religiöse Zwecke zu beschränken haben. Ein Bedauern über die faschistischen Angriffe und Schmähungen gegen den Heiligen Stuhl wird in der kurzen Abmachung nicht ausgesprochen, weil der Papst, wie der „Osservatore Romano“ (Nr. 207, 6. September 1931) schreibt, der Ansicht war, dieses Bedauern liege schon in der Zurücknahme der von der Regierung gegen die „Katholische Aktion“ ergriffenen Maßregeln. — Der Friede beruht auf demselben äußersten Entgegenkommen, das die Haltung des Vatikans gegenüber der republikanischen Regierung in Spanien bestimmt: die Kirche ist bereit, wenn es für die Weiterführung ihrer religiösen Aufgabe ersprießlich ist, auf wohlerworbene Rechte zu verzichten, soweit es ohne Verletzung dogmatischer Glaubenswahrheiten geschehen kann. Die strenge Scheidung zwischen dem, was Gott der Kirche übertragen hat, und dem, was dem Staate zusteht, wie sie in der Enzyklika gegen die Übergriffe des Faschismus (29. Juni 1931) ausgesprochen ist, kann von der Kirche nicht preisgegeben werden. Deshalb erklärte der „Osservatore Romano“ an der zuletzt angeführten Stelle ausdrücklich, es sei nicht wahr, daß der Papst durch den Friedensschluß den faschistischen Grundsatz der vollen Herrschaft des Staates über die Staatsangehörigen anerkenne. — Vgl. diese Zeitschrift, September 1931, 448 ff.

Gerechtere Beurteilung des Islams fordert in der „Civiltà Cattolica“ (4. Juli 1931, S. 44—46) ein albanischer Missionar. Trotz aller Unterschiede entferne sich der Islam „nicht so weit vom Christentum, wie man gewöhnlich meint“. Niemand könne bestreiten, „daß es unter den Anbetern Allahs gottnahe Seelen gibt“, besonders bei den armen und schlichten Bewohnern der albanischen Berge. „Oft haben abendländische Schriftsteller alle Zügel schießen lassen und den Islam so schwarz wie möglich gemalt, weil sie sehr zu Unrecht der Meinung waren, dadurch die mohammedanischen Völker in eine neue Bahn des Fortschrittes und der Kultur drängen zu können.... Wenn wir zum Morgenland sprechen, muß der Zweck Verständigung sein und nicht Kränkung, und deshalb begrüßen wir die mühsame Arbeit jener mutigen Erforscher des Morgenlandes und des Islams im besondern, die uns ohne Vorurteil die wahre Geschichte der mohammedanischen Religion geschrieben haben.“

II.

P. Wilhelm Schmidt S.V.D. legt von seinem mächtigen Werke über den „Ursprung der Gottesidee“ einen neuen Band von 1200 Seiten vor (Münster 1931, Aschendorff). Er behandelt die Religionen der ältesten

Kulturkreise Asiens und Australiens, also der asiatischen Pygmäenvölker, der arktischen Völker und der südostaustralischen Völker. Über die dritte Gruppe, die teils ausgestorben, teils dem Aussterben nahe ist, findet man hier eine besonders ausführliche, auf allem bisher erreichbaren Material beruhende Darstellung.

Das Ergebnis einer langen Untersuchung über den französischen Seelsorgeklerus von 1900 bis 1930 in den Pariser „Études“ (5. August 1931, S. 272—296) faßt Paul Doncoeur in die Sätze zusammen: „Ausfall von ungefähr 13 000 Priesterweihen, also ebensoviel, wie wenn wir jährlich die gesamte Priesterschaft eines großen Bistums verloren hätten — Beginn dieses Verfalls infolge der von Combes eröffneten Verfolgung und Beschleunigung durch den Krieg — Schwierige und in den nächsten fünfzehn Jahren höchst ungenügende Verjüngung — Unvergleichlich größerer Priesterangel gerade in den am dichtesten bevölkerten Gebieten — Zu langsame Anpassung an die sozialen Voraussetzungen der Seelsorge.“

Die „Dossiers de l'Action Populaire“ (25. Juli 1931, S. 1605) lenken die Aufmerksamkeit auf das Vorgehen der römischen Rota bei den Prozessen über die Gültigkeit von Ehen. Bekanntlich wird immer wieder behauptet, der Beweis, daß eine Ehe von Anfang an ungültig geschlossen worden sei, und daß infolgedessen der Weg zu einer neuen Verheiratung offenstehe, könne vor diesem kirchlichen Gerichtshof nur von zahlungskräftigen Leuten angetreten oder wenigstens nur von ihnen erfolgreich geführt werden. Nun ergibt sich aber aus der Liste der Entscheidungen des Jahres 1930, der letzten, die vollständig vorliegt, daß von den 52 verhandelten Fällen nur bei 26 die Parteien Gebühren bezahlen konnten. Von diesen 26 Ehen wurden 21 für gültig, 5 für ungültig befunden. Dagegen wurde bei den 26 gebührenfreien Prozessen die Ungültigkeit in 9, die Gültigkeit in 17 Fällen ausgesprochen.

Die kirchliche Selbsthilfe der katholischen Diaspora ist nach Ausweis des für 1931 vom Bonifatiusverein herausgegebenen „Priesterjahrheftes“ außerordentlich groß. Die Priester der Diasporabistümer brachten im Jahre 1930 für ihre hilfsbedürftigen Konfratres 479 817,91 Mark auf, die Priester der übrigen Bistümer 352 888,87 Mark. Ebenso sind die allgemeinen Beiträge der Diasporakatholiken für den Bonifatiusverein in den Diasporabistümern verhältnismäßig größer als in den andern. Dennoch bleiben die Mittel des Vereins hinter den dringenden Bedürfnissen noch weit zurück. Deshalb empfiehlt das Heft die im Einverständnis mit den Bischofskonferenzen von Fulda und Freising ausgearbeiteten Richtlinien für sparsamstes Bauen gewissenhafter Beachtung und sagt beim Bericht über die Hamburger Generalversammlung (S. 61): „Wenngleich die Diasporadiözesen durchschnittlich je Seele für den Bonifatiusverein mehr leisten als das katholische Land, so können doch nach dem Vorbilde der Erzdiözese Paderborn die Vorstände der Diasporadiözesen in den katholischen Gegenden ihres Bereiches durch planmäßige Veranstaltung von Bonifatiiustagen und durch Regulierung der wilden Diasporasonntage manche Mittel sich erschließen.“ In Hamburg sei die Parole ausgegeben worden: „Noch größere Selbsthilfe der Diaspora!“

Gegen Mißdeutungen des benediktinischen Geistes schreibt der Beuroner Erzabt Raphael Walzer in der „Benediktinischen Monatsschrift“ (1931, S. 271): „Man beurteilt das Wesen des benediktinischen Mönchstums ganz verkehrt und im Widerspruch zu seiner wahren Geschichte, wenn man in ihm nur Liturgie und dies in einem ausschließlich altchristlichen Sinne erblickt, nur ‚betende Kirche‘, nur ‚paulinisch-johanneische Gemeinschaftsmystik‘ im Gegensatz zur ‚erobernden oder triumphierenden Kirche‘, ‚societas perfecta‘. Es ist falsch, von uns zu behaupten, daß unsere Sympathien beinahe ausschließlich der Kirche der Märtyrer und der Väter, vor allem der griechischen Väter gehören. Wir müssen Verwahrung dagegen einlegen, daß das schwarze Mönchtum andere Frömmigkeitsideale, weil ‚papalistisch‘, als protestantischen Katholizismus bezeichnet. ... Und wenn es wahr ist, daß einer von uns die Weissagung getan hat: ‚Haben Sie Geduld, in hundert Jahren wird die liturgische Bewegung die römische Kirche völlig umgestaltet und reformiert haben‘, dann kann das nur so gemeint gewesen sein, wie es alle meinen, vor allem die berufenen Führer der heiligen Kirche, daß das religiöse Leben der Christenheit neben andern Mitteln namentlich durch die Wiederherstellung des echten Volksgottesdienstes einen neuen kräftigen und andauernden Aufschwung erfahren werde.“ — Vgl. diese Zeitschrift, August 1931, 341 ff.

Auffassungen und Leistungen katholischer Privatschulen für höheren Unterricht zeigt in charakteristischer Schau der zweibändige Bericht über den von ungefähr 600 Teilnehmern aus 26 Ländern besuchten Kongreß, der zur Jahrhundertfeier der belgischen Verfassung in Brüssel gehalten worden ist (*Problèmes d'éducation dans l'enseignement secondaire*, Tournai 1931, Casterman). Der erste Band behandelt Fragen der religiösen, sittlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung, der zweite schildert die Lage der katholischen höheren Schulen für Knaben in 24 europäischen und außereuropäischen Ländern, darunter Deutschland, Holland, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Ungarn.

Drei katholische Hochschulwochen, zu denen im August der Verband der katholischen Akademiker und die Görresgesellschaft nach Salzburg riefen, waren weit über alles Erwartete stark besucht. Die Gesamtzahl der eingeschriebenen Teilnehmer und Teilnehmerinnen stieg auf 900. Wie in der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ (Nr. 207, 6. September 1931) festgestellt wurde, traten Theologen und Frauen stark hervor. Von den etwa 180 Studenten und Studentinnen gehörten nur ungefähr 30 nicht der theologischen oder der philosophischen Fakultät an; von einer Technischen Hochschule kam keiner. Geistige Durchdringung religiöser, philosophischer und sozialer Zeitfragen vom katholischen Standpunkt aus liegt selbstverständlich nicht allen akademischen Berufen gleich nahe, und es gibt echt religiöses Leben ohne tiefe religiöse Bildung. Aber ebenso begreiflich ist angesichts des scharfen und in alle Kreise dringenden geistigen Kampfes der Gegenwart die Sehnsucht, auch Naturwissenschaftler, Mediziner und Techniker in größerer Zahl bei Veranstaltungen dieser Art zu sehen, zumal wenn immer wahr gemacht wird, was über die Salzburger

Wochen das „Neue Reich“ (5. September 1931, S. 1029) schreibt: „daß wohl selten eine größere Zusammenkunft von Katholiken so sehr im Stil der echten christlichen Innerlichkeit verblieb wie diese.“ — Vgl. diese Zeitschrift, September 1931, 401 ff.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hat in dem am 30. Juni 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr an die 300 Ortsgruppen neu gründen können, und infolgedessen ist die Mitgliederliste zum ersten Male seit dem Kriege gewachsen. Die Zahl der Veranstaltungen betrug in rund 4500 Ortsgruppen ungefähr 10 000. Von einigen der verbreiteten Schriften mußte eine halbe Million gedruckt werden. Da die ganze Tätigkeit sich den Aufgaben zuwendet, die nicht einzelne Vereine, sondern das gesamte katholische Volk angehen, darf wohl erwartet werden, daß die Mahnung der Fuldaer Bischofskonferenz, die sich 1930 entschieden für den Volksverein eingesetzt hat, noch reichere Früchte zeitigen wird.

Über den Nürnberger Katholikentag heißt es in der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 209, 2. September 1931): „Gerade der Andersgläubige, der Protestant, die evangelische Mehrheit der Bevölkerung dieser Stadt hat gespürt, wie stark dieses immer sich wiederholende Bekenntnis zur Kirche als der Quelle religiöser und sittlicher Kraft, zur Caritas, als deren Repräsentantin die thüringische Elisabeth gefeiert wurde, zu Klerus und Papst als den Führern durch wirre und dunkle Tage hier zum Ausdruck kam. Diese Bekenntnisfreudigkeit und der feste Boden, auf dem der Glaube des katholischen Volkes ruht, mußten gerade in diesen Augusttagen wirken, wo ringsum, nicht nur in Deutschland, der Boden wankt, die Fundamente, auf denen das Gemeinschaftsleben ruht, erzittern, und die erschreckende Erkenntnis Millionen aufgeht, daß diese Fundamente nicht ewigen Bestand haben.“

III.

Im hohen Greisenalter schenkt uns August Sartorius Freiherr v. Waltershausen, der ehemalige Vertreter der Nationalökonomie an der Universität Straßburg, das erste umfangreiche Werk über die Geschichte der Weltwirtschaft: „Die Entstehung der Weltwirtschaft. Geschichte des zwischenstaatlichen Wirtschaftslebens vom letzten Viertel des 18. Jahrhunderts bis 1914“ (Jena, Fischer). Auf beinahe 700 Seiten wird mit überaus reicher Quellenkenntnis der zeitliche Ablauf der Entwicklung dargestellt und dann noch besonders der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik untersucht.

Aus dem im September veröffentlichten Vierteljahresbericht des Berliner Instituts für Konjunkturforschung ist zu entnehmen, daß nach der im Juli ausgebrochenen deutschen Kreditkrise die Wirtschaft in Europa wie in Amerika weiter zusammenschrumpfte. Die Rohstoffmärkte blieben in gedrückter Preislage. Die Aktienkurse sanken fast in allen Ländern. Trotz der Entlastung des deutschen Devisenmarktes durch steigende Ausfuhr bei abnehmender Einfuhr ist wegen der Höhe der kurzfristigen Auslandsverschuldung kaum eine dauernde Erleichterung möglich. Außerdem wird die Zunahme der Ausfuhr wohl bald geringer werden

als der durch sinkende Kaufkraft entstehende Absatzausfall auf dem Binnenmarkt. Die Erschütterungen des deutschen Bankwesens ließen sich einstweilen noch nicht vollständig übersehen, geschweige denn überwinden. Die Produktion der Industrie wird voraussichtlich weiter zurückgehen, die Arbeitslosigkeit wachsen, Kürzung von Gehältern und Löhnen unvermeidlich sein, so daß ein Ausgleich schwerlich anders als durch starke Herabsetzung der bisher wenig oder gar nicht gesunkenen Preise für Brot, Wohnung und Verkehr gefunden werden kann.

Im August nahm der Wiener Kongreß der Sozialistischen Internationale eine Kundgebung an, die den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Gegenwartsaufgabe auch dem ins Gewissen ruft, der sie lieber auf anderem Wege gelöst sähe. Der Kapitalismus habe „die Rationalisierung auf die Spitze getrieben“, und Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen sei die Folge. Er habe „die Kartelle auf das internationale Gebiet ausgedehnt“, die Zölle maßlos gesteigert und dadurch schwere wirtschaftliche und politische Spannungen herbeigeführt. Er habe das Kreditsystem international zu stabilisieren versucht, aber nur „wilde Ausschweifungen der Börsenspekulation“ und „Insolvenzen der größten Banken“ erreicht. „Jedes Mittel, das der Kapitalismus zur Bekämpfung der Krise versuchte, hat sich unter seiner Herrschaft in einen Fluch für die Arbeiterklasse verwandelt. Er hat sich als unfähig erwiesen, die Wirtschaft zu organisieren und die von ihm angeeigneten Güter so zu verwalten, daß sie der allgemeinen Wohlfahrt dienen.“ Die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft könne nur dadurch beseitigt werden, daß man das kapitalistische System selber beseitige. „In weiten, auch nichtproletarischen Kreisen“ sei man überzeugt, daß eine „planmäßige Gestaltung der Weltwirtschaft“ neu unternommen werden müsse. Die internationalen sozialistischen Parteien hätten also die Aufgabe, „die gegenwärtige Krise auszunützen für den systematischen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Klassenherrschaft“. Der Kongreß fordert „mit Nachdruck die öffentliche demokratische Kontrolle der Wirtschaft“. Voraussetzung zu vollem Erfolge sei „die Änderung des Eigentums an den Produktionsmitteln sowie der Wirtschaftsmethoden“. Zunächst müsse man die „Schlüsselindustrien“ sozialisieren, staatliche oder genossenschaftliche Handelsmonopole einrichten und das Bank- und Kreditwesen verstaatlichen. Zu alledem sei „Erringung der politischen Macht des Proletariats“ erforderlich. „Der Sozialismus ist der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität. Er appelliert an alle geistigen und sittlichen Kräfte.... Keine andere Macht der Welt wird der Arbeiterklasse bei ihrem ungeheuren Werke der Umgestaltung der Wirtschaft helfen“ („Vorwärts“ Nr. 362, 5. August 1931). — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1931, 293 ff.

Hier wird an letzte Verschiedenheiten der Weltanschauung gerührt. Leichter dürfte man sich über die Mahnung zur Gerechtigkeit einigen, die von ganz anderer Seite her Geheimrat v. Nostitz, der Vorsitzende der „Gesellschaft für Soziale Reform“ in der Jenaer Wochenschrift „Soziale Praxis“ (23. Juli 1931, S. 979 f.) ausspricht. „Gerade weil unsere Bedrängnis so groß ist“, sagt er, „kann die ungeheure Last unserer Not nur vom ganzen Volk und nicht von einem Teil, geschweige denn dem-

jenigen getragen werden, der von alters her unter den bescheidensten Verhältnissen gelebt hat.“ Oft unterschätze man die Entbehrungen der Arbeiter, während man die Last der Sozialleistungen phantastisch übertreibe. „Die Not entwickelt nicht bloß gute, sondern auch schlechte menschliche Triebe. Wenn sie nicht veredelt, macht sie in Selbstsucht hart und blind. Gerade deshalb besteht in unserer überaus schweren Lage bei den unvermeidlichen Interessengegensätzen auf allen Seiten die Gefahr, bei der Wahrung an sich berechtigter Eigeninteressen das Augenmaß und die Besinnung zu verlieren und die Gerechtigkeit zu vergessen. Weder Staat noch Wirtschaft vertragen aber eine Verschärfung der Gegensätze im Volk, geschweige denn eine Zerklüftung in Bürgertum und Arbeiterschaft als in zwei feindliche Lager.“

Diese Notwendigkeit pflichtbewußten Zusammenhaltens aller Volksgenossen hat auch immer wieder der deutsche Reichskanzler Brüning betont. Die schwärzesten Erwartungen seien übertroffen worden, sagte er am 25. August in der Stuttgarter Fraktionssitzung des Reichstagszentrums. Im nächsten halben Jahre hänge unsere Rettung ganz von gemeinsamer äußerster Kraftanstrengung ab. Die Fähigkeit dazu habe das deutsche Volk durch die vom Ausland bewunderte Selbstbeherrschung bewiesen, die im Juli die zeitweilige Schließung der Banken und Sparkassen ohne Tumulte überstanden habe.

Die oft bezweifelte Unentbehrlichkeit der freien Wohlfahrtspflege wird in solchen Zeiten besonders deutlich. Auf dem dreißigsten deutschen Caritastage in Würzburg, über den das Juliheft der Zeitschrift „Caritas“ ausführlich berichtet, erklärte Minister Stützel als Vertreter der bayrischen Regierung: „Die freie Wohlfahrtspflege ist eine absolut unentbehrliche und notwendige Ergänzung der öffentlichen. Der Caritas sind Wege geöffnet, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege verschlossen bleiben müssen. Sie hat Erfolge, die der öffentlichen Wohlfahrtspflege nicht beschieden sein können.“ Das unterstrich Frau Ministerialrat Dr. Julia Dünner im Namen der Reichsregierung mit den Worten: „Die Erkenntnis von der wohlfahrtspflegerischen Bedeutung der freien Wohlfahrtspflege dürfte heute Allgemeingut geworden sein. Sie bedeutet einen Faktor im gesamten System der Wohlfahrtspflege, ohne den Reich, Staat, Länder und Kommunen ihre Gesamtaufgaben in ihrem heutigen Umfang nicht erfüllen können. Darüber hinaus hat die freie Wohlfahrtspflege eine wesentliche staatspolitische Bedeutung im engeren Sinne. Sie ruft immer und immer wieder den Helferwillen auf, weckt den Geist der Bruderliebe und führt ihn zu persönlichen und sachlichen Opfern.“ Ministerialdirektor Dr. Schneider vom preußischen Wohlfahrtsministerium fügte noch hinzu: „Es muß von der freien Wohlfahrtspflege ein Abglanz in die öffentliche eindringen, damit der selbstlose und opferwillige Geist auch bei den Behörden sich auswirkt.“ — Einen großartigen Tatbeweis für die Richtigkeit dieser Gedanken erbringt die von der „Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege“ organisierte Winterhilfe, die der millionenfachen Not ein Millionenheer der Barmherzigkeit entgegensetzt.

IV.

Über Völkerverständigung sagte in der Wiener Ortsgruppe des vom Prinzen Karl Anton Rohan gegründeten Kulturbundes der hochbetagte und hochverehrte ungarische Staatsmann Graf Albert Apponyi: „Das Erkennen des Staatsmannes der internationalen Verständigung geht vor allem auf das Wesentliche, das Bleibende, das Organische im Leben des eigenen Volkes und der fremden Völker. Was braucht mein Volk wirklich? so fragt er sich, nicht aber: Was kann es auf Kosten anderer erringen? Die andern Völker sind nicht, wie es beim Imperialisten meist geschah, in erster Linie in ihrer Stärke als mögliche Gegner abzuschätzen, sondern gleichfalls in ihren Lebensinteressen, d. h. in dem, was man nicht angreifen kann, ohne ihren naturnotwendigen Widerstand hervorzurufen. ... Der Gewinn, den alle Völker aus dem Durchbruch der neuen Gesinnung ziehen werden, ist ungeheuer. Es wäre ihnen möglich, die Gesamtsumme ihrer Energie, von der ein Großteil im Kampf um das eingebildete Gut der Vorherrschaft verzettelt wird, der Förderung ihrer wirklichen Interessen zuzuwenden“ („Kölnische Volkszeitung“ Nr. 386, 17. August 1931).

Ohne Beziehung auf Apponyi wendet der Franzose Maurice Duhamel in einem Aufsatz der „Schweizer Monatshefte“ (September 1931, S. 238f.) diese Gedanken auf die Kolonialfrage an. „Befindet sich“, fragt er, „Frankreichs gewaltiges Kolonialreich in Übereinstimmung mit seiner augenblicklichen Lage, und rechtfertigt der Gebrauch, den es davon macht, den Besitz? Die weitsichtigen Franzosen glauben es nicht. Sie halten es für unmoralisch, daß mit Gewalt unterworfenen Menschen mit Gewalt in ‚Soldaten des heutigen Unterdrückers gegen den möglichen Unterdrücker von morgen‘ (Rede des Deputierten Georges Nouelle, „Journal Officiel“, 4. Dezember 1928) umgewandelt werden. Und es scheint ihnen unnatürlich, daß ein Land weite Gebiete für sich allein beansprucht, die seine sinkende Geburtenzahl, die Lahmheit seines Handels und die Ängstlichkeit seiner Kapitalisten nicht einmal fruchtbar zu machen imstande sind — besonders während eine große industrielle Nation wie Deutschland keine eigenen überseeischen Absatzmärkte besitzt und das zu dichte, in ständigem Volkswachstum begriffene Italien nur über magere, von der afrikanischen Sonne versengte Sandstreifen verfügt.“ Allerdings könne Frankreich seine Kolonien nicht ohne weiteres für unabhängig erklären, wie das von extremen Parteien verlangt werde; denn dadurch würden die meisten der Anarchie ausgeliefert. Ebenso wenig könne man die Kolonien andern Staaten übergeben; denn die Bewohner dürften, auch wenn sie noch so gering kultiviert seien, nicht „wie Vieh ausgetauscht“ werden. „Die logische Lösung ist die allgemeine Internationalisierung der Kolonien mit einer Ordnung der offenen Türe für die Mandatsnationen, d. h. dem freien wirtschaftlichen Wettbewerb, der Zollgleichheit — bis zu dem Tage, wo ihre Bevölkerungen selbst einen Zivilisationsstand erreicht haben, daß man ihnen die Sorge ihres eigenen Schicksals überlassen kann.“ Trotz der Gegnerschaft „industrieller Oligarchen“ und trotz der Denkgewohnheiten der „französischen Masse“, die durch „eine verrückte Prestigepolitik“ getäuscht sei und von den Erfordernissen des europäischen Wirtschaftslebens nichts wisse, ruhe

die Hoffnung der Zukunft auf dieser Entwicklung des „Geistes zwischenstaatlicher Zusammenarbeit“.

Die Aussichten der für 1932 einberufenen Abrüstungskonferenz erscheinen dem im Weltverband der Völkerbundgesellschaften hervorragend tätigen früheren deutschen Staatssekretär Werner Freiherrn v. Rheinbaben nicht ungünstig. In den „Süddeutschen Monatsheften“ (September 1931, S. 872 f.) teilt er mit, um das Zustandekommen der sogenannten „Budapester Resolution“, die der Jahreskongreß des Weltverbandes am 27. Mai 1931 einstimmig angenommen habe, hätten sich außer ihm Lord Robert Cecil und der belgische Völkerbundjurist Henri Rolin bemüht. Also werde die englische Regierung dem Gedanken der Resolution kaum unfreundlich gegenüberstehen. Dieselbe Haltung sei von Amerika, Italien und Japan zu erwarten, denen allen die französische Auffassung der Abrüstung widerstrebe. „Anderseits hat die schwere Wirtschaftskrise unserer Zeit die Welt aus der Interesselosigkeit gegenüber dem Abrüstungsproblem und im besondern gegenüber der deutschen Lage aufgeweckt, und es gibt auch außerhalb der genannten Großmächte weite Kreise des Auslandes, die der deutschen Grundforderung auf gleiches Recht sympathisch gegenüberstehen, die den von Frankreich und seinen Alliierten vorgetriebenen Rüstungswahnsinn der Nachkriegszeit im Bunde mit den tiefen sozialen Gärungserscheinungen unserer Tage als mögliche Vorstufe zu Chaos und Bolschewismus erkannt haben und demgemäß ihre Haltung im Jahre 1932 einrichten werden.“ Nach den Budapester Richtlinien aber würden die Rüstungsausgaben der noch nicht entwaffneten Staaten für Material und Personal um wenigstens 25% herabgesetzt, die Art der Bewaffnung würde für alle Staaten gleich, die Einhaltung der Abmachungen stände unter internationaler Aufsicht, und der weiter ausgebaute Völkerbund könnte nach einer Reihe von Jahren die Abrüstung fortsetzen. — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1931, 267 ff.

Schwere, gesetzwidrige Grausamkeiten legt die amtliche sogenannte „Wickersham-Kommission“, die der amerikanische Präsident zum Studium von Rechtspflege und Rechtsverletzung eingesetzt hat, besonders der Polizei und den Einwanderungsbehörden zur Last. Die in St. Paul (Minnesota) erscheinende katholische Wochenzeitung „Der Wanderer“ (Nr. 3325, 13. August 1931) sagt zu den Feststellungen der Kommission über die Anwendung des geheimnisvollen „Third Degree“, d. h. der seelischen und körperlichen Mißhandlung von Verdächtigen zur Erpressung von Geständnissen, man habe es allerdings in der Verbrecherwelt „vielfach mit Charakteren von einer geradezu unheimlichen Brutalität“ zu tun, aber man dürfe „Unmenschlichkeit nicht mit Unmenschlichkeit bekämpfen“, und im Dienste des Rechtes seien „gefühllose Folterknechte“ unbrauchbar. Ebenso findet der amtliche Bericht in der Art, wie von den Einwanderungsbeamten „alljährlich mit etwa 100 000 Landfremden oder vermeintlich Fremden“ verfahren wird, „nicht nur alle Merkmale der Tyrannei, die sich über Verfassungsvorschriften hinwegsetzt, sondern geradezu eine Verletzung der elementarsten Gebote der Menschlichkeit“. Das sei um so empörender, als nach den von der Kommission durchgeführten Unter-

suchungen die Einschmuggelung von Ausländern über die kanadische und die mexikanische Grenze „in der Regel“ von „ruchlosen amerikanischen Menschenschmuggler-Konsortien“ ausgehe. Übrigens werde überhaupt „die landläufige Vorstellung, der es als feststehend gilt, daß die Verbrecherplage auf das Konto der Ausländer komme“, von der Kommission „als Torheit abgetan“. Die Londoner Wochenschrift „The Spectator“ (15. August 1931, S. 202) stimmt mit dem allgemeinen Urteil der angelsächsischen Presse überein, wenn sie schreibt, diese amtlichen Berichte hätten Dinge enthüllt, die sogar vor zwei oder drei Jahrhunderten eine Schande gewesen wären, heute aber „fast unglaublich“ klängen. Die Kommission stellte eine Liste von hundert Fällen zusammen, in denen sich die erpreßten Geständnisse als falsch erwiesen.

Revolutionäre Bewegungen, teilweise kommunistischen Ursprungs, brachen in Peru, in Chile, in Portugal vulkanartig aus, schwollen in Birma, in Annam, in China mächtig an und kamen auch in Spanien noch nicht zur Ruhe. Die Moskauer Parteileitung des Weltkommunismus überwacht die Entwicklung und verlangt in ihrer Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“ (7. Juli 1931) Überleitung der verzettelten spanischen Unruhen in eine bewußte Massenaktion, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität zu durchbrechen, die Polizeiverordnungen zunichte zu machen und die „republikanischen Gärten zu schlagen“ habe (S. 1158). Anders als in der zu Beginn des Jahres ausgegebenen Parole urteilt das „Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale“ jetzt über Deutschland: die deutschen Kommunisten zögen sich „vorläufig unter dem Druck der Lohnoffensive der Unternehmer und des Angriffes des Staates gegen das Lebensniveau der breitesten Massen“ zurück. „Kann unter solchen Bedingungen heute schon von dem Vorhandensein einer revolutionären Krise in Deutschland die Rede sein? Natürlich nicht!“ (S. 1150.) In diesen Zusammenhang gehört die zuversichtliche Erklärung des deutschen Innenministers Wirth auf dem parlamentarischen Abend des Reichszentrums in Stuttgart am 25. August 1931. Ein gewaltsamer Umsturz sei im Winter nicht zu befürchten; denn die Regierung habe den Willen und die Macht, der Gewalt sofort mit überlegener Gewalt zu begegnen. — Vgl. diese Zeitschrift, August 1931, 321 ff.

Die wichtigste Quelle für das Verständnis des jungen Chinas ist das weitschweifige und nicht sehr klare Buch, in dem Sun Yat-sen die nationalen, demokratischen und sozialen Gedanken niedergelegt hat, auf denen die Verfassung der von ihm gegründeten riesenhaften Republik ruhen soll. Nach der bekannten Dreiteilung Abraham Lincolns — vom Volke, durch das Volk, für das Volk — bildete er den Titel „San Minchui“, also wörtlich: „Drei Grundsätze über das Volk.“ Es gab von diesem in ganz China maßgebenden Werke seit 1927 eine vollständige, aber mit sehr wenigen Erklärungen versehene englische Übersetzung von Frank Price. Dagegen haben wir von dem italienischen Sinologen Pasquale D'Elia S. J. seit 1929 eine wortgetreue französische und nun auch eine verbesserte englische Übersetzung mit ausführlichen Erläuterungen: „The Triple Demism of Sun Yat-sen“, Wuchang 1931. Nach eingehender Würdigung

der Gedanken Sun Yat-sens (S. 543—658) kommt D'Elia zu dem Urteil, daß der Verfasser allerdings zahlreiche geschichtliche, philosophische und soziologische Fragen dilettantisch behandelt und daher oft irrt. Aber sein Werk atme glühende Begeisterung für das wahre Wohl Chinas und zeige „nirgends eine Spur von Gegnerschaft gegen die Religion, von Widerwillen gegen das Christentum oder den Katholizismus, auch nicht von Sittenlosigkeit“ (S. 651). Vieles in seinen Darlegungen lasse sich „mit unverfälscht katholischer Lehre in Einklang bringen“ (S. 653).

Was in Indien noch als sozialer Fortschritt in Erstaunen setzen kann, sieht man aus folgender Meldung der in Bombay erscheinenden katholischen Wochenschrift „The Week“ (25. Juni 1931, S. 126): „Einen kühnen Schritt auf dem Wege sozialer Reform tat die Gemeinde Shrimali Bania, die neulich in einer Versammlung ihres Mahajan fast einstimmig beschloß, einem vierzehnjährigen Mädchen namens Chandan eine neue Ehe zu erlauben, weil ihr betagter Mann, mit dem sie vor kurzem verheiratet worden war, ungefähr drei Wochen nach der Trauung starb.“

Das monatliche Mitteilungsblatt „Der nationaldeutsche Jude“ (August 1931) ist der Ansicht, der diesjährige Zionistenkongreß sei zur „Grablegung des Zionismus“ geworden. Den Tod hat das Blatt allerdings, wie es durch Wiederabdruck noch eigens beweist, schon 1925 festgestellt. Immerhin muß es diesmal bei der angeblichen „Grablegung“ sehr lebendig zugegangen sein: „Ein Revisionist riß die blauweiße Zionistenflagge herunter, wurde daraufhin von Andersdenkenden verprügelt, aber von Jabotinskij persönlich vor der Saaltür durch einen Kuß belohnt. Einem Delegierten wurden die freundlichen Worte ‚Antisemit‘, ‚Roter Bandit‘, ‚Geh nach Moskau‘ zugerufen. Das Wort ‚Verräter‘ gehörte sozusagen zur Umgangssprache. Bei passender Gelegenheit stimmte die eine oder andere Partei ein hebräisches Lied an, um die andere zu übertönen. Kurz, es war sehr gemütlich und, wie man sonst in jüdisch-nationalen Blättern sagt, bemerkenswert ‚unjüdisch‘.“

V.

Die Frage, ob der Bolschewismus den Individualismus so streng ausschließt, daß ein kraftvolles Geistesleben nicht gedeihen kann, wird von Bolschewiken und Nichtbolschewiken anders beantwortet, als man zunächst erwarten möchte. Die Neuyorker Wochenschrift „The Nation“ (15. Juli 1931) veröffentlicht einen Briefwechsel, der zuerst in der Moskauer „Literaturnaja gazeta“ erschienen ist. Da behauptet der französische Bolschewikenfreund Romain Rolland, die Bolschewiken seien Individualisten, ohne es zu wissen. Der bolschewistische Schriftsteller Selwinskij leugnet, daß es überhaupt irgendwo eine persönliche Freiheit gebe; gerade der Geistesarbeiter sei niemals frei. Lunatscharskij, der frühere Volkskommissar für das Bildungswesen der Sowjetunion, bestreitet, daß der russische Kommunist sich nicht bewußt werde, gleichzeitig Individualist zu sein. „Was ist persönliche Freiheit? Hier sind wir Hegelianer, nach wie vor auf dialektisch-materialistischer Grundlage. Ein Mensch ist frei, wenn sein Benehmen mit seinem Wesen übereinstimmt.... Freie Hand-

lungen müssen den Überzeugungen und Gefühlen des Handelnden entsprechen.... Die Parteidisziplin, der er sich unterwirft, ist wie Luft, die er atmet. Je besser diszipliniert ein Parteimitglied ist, um so freier ist es.“ Bei einem Schriftsteller, Rechtsanwalt, Arzt, Maler, Ingenieur ordne sich die schöpferische Freiheit den proletarischen Klassenforderungen harmonisch ein. „Wir Kommunisten sind mit vollem Bewußtsein große Individualisten.... Der Individualismus wächst ins Ungeheure, wenn er Hand in Hand mit der großen sozialen Bewegung seiner Zeit arbeitet.“ — Mit Recht wird man sagen, daß Lunatscharskij uns nicht zeigt, welche Freiheit in Rußland dem bleibt, der sich dem kommunistischen Denken und Handeln nicht mit ehrlicher Überzeugung einordnen kann. Immerhin haben im Juli auf dem Londoner internationalen Kongreß für Geschichte der Naturwissenschaft und der Technik die wissenschaftlichen Vertreter der Sowjetunion einen beachtenswerten Eindruck gemacht. Der Kristallograph Bernal von der englischen Universität Cambridge schreibt darüber im „Spectator“ (11. Juli 1931, S. 44), ihre marxistische Dialektik sei besonders an den englischen Kongreßmitgliedern wirkungslos abgeglitten, aber man müsse doch mehr darüber nachdenken, ob die nichtbolschewistische Wissenschaft vielleicht gerade wegen ihrer „geliebten persönlichen Denkfreiheit“ für die Gemeinschaft zu wenig leiste. „In der Sowjetunion gibt es 850 miteinander verbundene Forschungsinstitute, und 40 000 Geistesarbeiter sind mit Forschungen beschäftigt. Das drängt uns zwei Fragen auf. Sind für die Wissenschaft unsere individualistischen Methoden nicht ebenso veraltet, und haben wir sie praktisch nicht genau so aufgegeben wie das mittelalterliche Handwerk, sind sie noch wert, daß wir uns für sie einsetzen? Ist es besser, geistig frei zu sein, aber sozial nichts zu leisten, oder Glied in einem System zu werden, wo alle Theorie und alle Praxis auf einen gemeinsamen sozialen Zweck gerichtet ist?“ — Ohne Zweifel drückt ein Übermaß von Individualismus die Leistung der Menschheit herab, aber daraus folgt noch nicht, daß es gut ist, den Individualismus so weit einzuschränken, wie es die Bolschewiken wollen. Aber ebenso sicher haben wir mit der Gefahr zu rechnen, daß die nichtbolschewistische Gesellschaft fortfährt, den Individualismus zu überspannen. Darüber sagt Professor Friedrich Dessauer im „Hochland“ (September 1931, S. 497) sehr richtig: „Das Wesentliche im Osten, womit wir es auf lange Zeit und ernstlich zu tun haben, ist die Hebung des Gemeinschaftsbewußtseins, das er vollzieht, während bei uns die latente Feindschaft gegen die Gemeinschaft Allgemeinkrankheit ist, tief dem westlichen Gemüte eingewurzelt und bei jeder Gelegenheit als passive Resistenz, als aktiver Stoß hervorbrechend. Freilich, es kann — historisch gesehen — kaum anders sein. Aber es muß anders werden. Wenn die Sowjets den Teil des Individualismus beibehalten, der darin besteht, den Menschen nach seinen Fähigkeiten einzusetzen — und soweit ich sehe, tun sie das in steigendem Maße —, dann ist die Begegnung um so gefährlicher für den Westen.“ — Vgl. diese Zeitschrift, Juli 1931, 241 ff.

Die deutschen wissenschaftlichen Bücher und Zeitschriftenaufsätze des Jahres 1930 verzeichnet mit gewohnter Zu-

verlässigkeit der 7. Jahrgang der „Jahresberichte des Literarischen Zentralblattes“ (Leipzig 1931), der wieder von den Fachreferenten der Deutschen Bücherei bearbeitet ist. Obgleich der mehr als 900 Seiten starke Folio-band zu den Wissensgebieten kein Sachregister, sondern nur ein Autorenregister enthält, sind die Fächer in ihrer systematischen Anordnung so übersichtlich, daß man unter unsern zur Sparsamkeit zwingenden Verhältnissen nicht mehr verlangen kann. Erfreulich wäre, wenn das möglich ist, eine genauere Berücksichtigung der Zeitungen, da in ihnen oft viel wichtigere Aufsätze stehen als manche von denen, die aus Zeitschriften registriert sind. Und dann wecken auch diese Zehntausende von Titeln wieder die von der „Zeitwende“ (August 1931, S. 182—184) hervorgehobenen Bedenken des Münchener Verlegers Dr. Friedrich Oldenbourg über Umfang, Ausstattung, Menge und Schreibart unserer wissenschaftlichen Bücher. Sie sind im Verhältnis zu andern deutschen Waren und zu den ausländischen Büchern, mit Ausnahme der französischen, nicht zu teuer, aber sie könnten billiger und damit leichter verkäuflich sein, wenn die Verfasser das Ihrige dazu beitragen wollten. Mancher könnte „bei größerer Zucht und Konzentration nicht selten auf halbem Raume das gleiche sagen“. Andere bestehen auf einem „unnötigen Ausstattungsluxus, z. B. in der Zahl der Abbildungen“, oder sie schreiben ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß über den von ihnen gewählten Gegenstand bereits genug gedruckt ist. „Nicht nur Dissertationen, sondern viele wissenschaftliche Monographien und Zeitschriftenaufsätze könnten oft mit wenigen Druckzeilen erledigt werden, wenn man sich auf Wesentliches beschränkte.“ Viele sonst wertvolle Werke finden keinen Absatz, weil sie zu umständlich aufgebaut und zu unklar geschrieben sind. „Gerade wir Deutsche, deren Sprache an sich schwer zu lernen ist, sollten darauf halten, daß jede wissenschaftliche Darstellung stilistisch so einfach wie nur möglich gehalten ist“, damit der Ausländer nicht abgeschreckt wird. „Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß Zucht in der Sprache die Klarheit des Denkens fördert, so daß mit zielbewußter Arbeit auf diesem Gebiet die Wissenschaft nur gewinnen kann.“

Um das Englische immer mehr zu einer Weltsprache zu machen, sind seit Jahren Bestrebungen zur Vereinfachung im Gange. Von der Universität Cambridge ist das „Basic English“ ausgegangen, das auf Streichung entbehrlicher Wörter bedacht ist und es darin schon so weit gebracht hat, daß für einen kleinen Roman weniger als tausend verschiedene Wörter erforderlich sind. Dagegen hat Professor Zachrisson von der Universität Upsala seinem in Schweden viel verbreiteten „Anglic“ eine leichtere Orthographie gegeben. Beispielsweise wird anstatt „After 20 lessons the pupils had acquired a working knowledge of English“ im „Anglic“ geschrieben: „Aafr 20 lesnz the puepilz had aquierd a wurking noli of English.“

Die Schrift „Jüdisches in der neuen tschechischen Literatur“ von O. Donath (Prag 1931, Selbstverlag) weist nach, daß die bekanntesten tschechischen Schriftsteller und ihre deutschen Übersetzer fast ohne Ausnahme Juden sind.

Gegen unzulässige Verbindung von Geschäft und literarischer Kritik wendet sich scharf Rudolf Borchardt in seiner öffentlichen Anklage „Deutsche Literatur im Kampfe um ihr Recht“ (München 1931). Er bietet Zeugen dafür an, daß der Vertreter eines Aktiengroßverlages einem Besucher gesagt habe, „die jüdischen Literatur-Verlagsaktiengesellschaften seien im Begriffe, einen Ring zu bilden und einen Druck auf Öffentlichkeit und Buchhandel auszuüben, wozu sie mit Hilfe ihrer Presse in der Lage seien“, und daß Drohungen dieser Art „sofort in schablonenmäßige Bearbeitung des Buchhandels gegen Autoren umgesetzt werden“ (S. 26 f.). Ebenso spricht in der „Deutschen Filmzeitung“ (Nr. 31, 31. Juli 1931) Wilhelm Lukas Kristl nach „seinen Erfahrungen als Filmreferent einer Münchener Tageszeitung“ von „Kollegen, die zu bestimmten Theatern, Verleih- und Produktionsfirmen noch in andern beruflichen Beziehungen stehen denn als Filmrezensenten“. Er sagt geradezu: „Die Erb-sünde der Filmkritik in der Tageszeitung ist das Einklemmtsein zwischen den Puffern Politik und Geschäft.“ Er nennt Fälle, wo von Rechtsblättern wie von Linksblättern politisch unliebsamen Filmen „alle künstlerischen Qualitäten abgesprochen wurden“, oder wo ein Kinobesitzer eine ablehnende Kritik mit „Inseratenboykott“ beantwortete.

Da auch die Haltung zum Sport ein Kennzeichen der Kulturhöhe ist, verdient festgehalten zu werden, daß an demselben 4. Juli 1931, an dem der Deutsche Schmeling den Amerikaner Stribling im Boxkampf besiegte, das Blatt eines rechtsgerichteten Verlages, die „Berliner illustrierte Nacht-ausgabe“, dem Ereignis auf vier von ihren zehn redaktionellen Seiten sechs ganze Spalten widmete, fast lauter Drahtberichte und Funksprüche aus Neuyork, Cleveland und London. Und man las da brühwarm, in Sperrdruck und Fettdruck: „Der Amerikaner blutet aus dem Munde.... Nach kurzem Clinch öffnet Schmeling durch einen linken Geraden die rechte Augenbraue Striblings. Stribling blutet stark.... Schmeling ist bemüht, durch kurze Schwinger Striblings blutendes Auge zu treffen.... Stribling blutet ziemlich stark aus der Nase und oberhalb des rechten Auges. . . . Striblings Nase blutet stärker.... Die Menge johlt und fordert Schmeling auf, Stribling k. o. zu schlagen.... Striblings Gesicht ist blutüberströmt. Er taumelt.... Plötzlich landet Schmeling seinen berühmten rechten Kinnhaken, der die Beine von Stribling wegreißt. Er sackt zusammen, stürzt zu Boden.... Bei 9 richtete sich Stribling langsam auf. Er wankt im Ring umher. Schmeling klebt an seinem Gegner, er verfolgt ihn und schießt dauernd Rechte und Linke ab, die Stribling am Kopf treffen. Der Amerikaner ist vollkommen fertig.... Stribling wankt in seine Ecke, und Blakes ergreift Schmelings rechte Hand und erklärt den Deutschen unter dem brausenden Beifall der Abertausende zum Sieger und Weltmeister durch technischen k. o.“

VI.

Die Krebskrankheit, an der schon jetzt jährlich über eine halbe Million Menschen stirbt, macht bei allen Kulturvölkern beängstigende Fortschritte. Bekanntlich sind die Entstehungsursachen erst unvollkommen

erforscht. Aber die frühzeitige Feststellung scheint nun durch eine Entdeckung des Arztes Dr. Bendien aus Zeist in der holländischen Provinz Utrecht ermöglicht zu sein. Er unterscheidet auf spektroskopischem Wege mit verblüffender Sicherheit das Blut eines Krebskranken von anderem Blute. Im Auftrage des Untersuchungsausschusses der „Britischen Krebsbekämpfung“ (British Empire Cancer Campaign) ging der Londoner Arzt Dr. Piney mit achtunddreißig versiegelten Blutproben zu Dr. Bendien. Der Holländer erklärte bei fünf Röhrchen, das Blut stamme von Krebskranken. Jetzt erst öffnete Dr. Piney den versiegelten Umschlag mit der auch ihm unbekannten Liste der Personen, denen das Blut entnommen war. Es zeigte sich, daß nur die von Dr. Bendien bezeichneten Röhrchen Blut von Krebspatienten enthielten („The Spectator“, 1. August 1931, S. 145). Nach einem Vortrage des Professors Eiselsberg vor der Wiener Gesellschaft für Sozialversicherungsmedizin sind Krebsleiden, die frühzeitig entdeckt werden, fast immer heilbar. Deshalb sei die in Amerika schon weit verbreitete jährliche „Gesunduntersuchung“ jedem sehr zu empfehlen („Schönere Zukunft“, 12. Juli 1931, S. 983).

Über die Heilung der progressiven Paralyse durch Malaria berichtete Professor Wagner-Jauregg auf dem diesjährigen Rotary-Kongreß in Wien. Schon seit mehr als fünfundzwanzig Jahren hat Wagner-Jauregg Paralytiker erfolgreich durch künstliche Ansteckung mit Malaria behandelt, aber erst seit dem Kriege ist dieses Heilmittel allmählich überall anerkannt worden, besonders da auch die in der Malariakur selber liegenden Gefahren jetzt beseitigt sind. Das malariakranke Blut, das in die Blutbahn des Patienten eingeführt werden muß, kann durch ganz Europa verschickt werden, weil es seine Wirksamkeit erst nach einigen Tagen verliert. Wenn der Syphiliskranke sich nicht später als drei Jahre nach der Ansteckung untersuchen läßt, kann durch ein von Professor Kyrle gefundenes Verfahren festgestellt werden, ob Paralyse zu befürchten ist. Dann läßt sich der Ausbruch durch die Malariakur verhindern („Schönere Zukunft“, 19. Juli 1931, S. 1007). — Vgl. diese Zeitschrift, September 1931, 419 ff.

Die Gefahren des Zigarettenrauchens sind nach einem Aufsatze der von dem Frankfurter Professor Bechhold herausgegebenen naturwissenschaftlichen Wochenschrift „Die Umschau“ (27. Juni 1931, S. 514 f.) weit größer, als gewöhnlich angenommen wird. Da schon fünf leichte Zigaretten ungefähr 60 Milligramm Nikotin enthalten, eine Dosis, die an sich tödlich wirkt, von der aber ein großer Teil nicht in den Organismus des Rauchers, sondern in die Luft geht, so „erscheint es verwunderlich, daß bei dem enormen Tabakkonsum nicht schwerere Schädigungen in größerer Häufigkeit beobachtet werden. Vermutlich werden die Wirkungen des Nikotins häufig verkannt und die betreffenden Störungen andern Ursachen zugeschrieben.“ Zur Aufklärung des Publikums habe man auf diesem Gebiete noch viel zu wenig getan. Gewöhnlich wisse der Raucher nicht einmal, „daß er beim Rauchen von schweren Zigaretten bis zu siebenmal mehr Nikotin aufnimmt als beim Rauchen von leichten Zigaretten“. Deshalb sei zu fordern, „daß der Nikotingehalt sämtlicher Tabakfabrikate bekanntgegeben wird“.

Das „Handwörterbuch der Naturwissenschaften“ beginnt unter der Leitung von Dittler und Joos bei Fischer in Jena seine zweite Auflage. In zehn Bänden, die bis 1933 vorliegen sollen, werden ungefähr 400 Fachleute alle Artikel wieder durcharbeiten und neue hinzufügen. — Vgl. diese Zeitschrift, August 1931, 351 ff.

In eigenem Flugzeug reisen kostet den Engländer heute nicht mehr als in eigenem Automobil reisen. Für ein dreisitziges Kabinenflugzeug bezahlt er genau soviel wie für ein mittleres Automobil: 1175 Pfund Sterling. Die Betriebskosten belaufen sich, Abnutzung, Verzinsung, Versicherung, Steuer, Garage, Reparatur, Wartung, Benzinverbrauch und alles andere eingerechnet, bei einer Gesamtjahresreise von 10 000 englischen Meilen auf 592 Pfund für das Automobil und auf 599 Pfund 10 Schilling für das Flugzeug. Allerdings legt der Besitzer eines Flugzeuges jährlich wenigstens 20 000 Meilen zurück, aber dadurch erhöhen sich die Betriebskosten nur um 67 Pfund und 10 Schilling. Die genaue kaufmännische Aufrechnung steht im „Spectator“ (4. Juli 1931, S. 32).

Manöver von riesigen Luftflotten über Mailand und über London haben nach dem Urteil der Fachkritik ergeben, daß der Laie sich die Wirkung des Luftangriffes zwar stärker vorstellt als sie ist, daß aber ebenso sicher im Ernstfall der Schaden für beide Städte ungeheuer gewesen wäre. In England war diese Überzeugung so mächtig, daß der Unterstaatssekretär für Luftwesen im Unterhause erklärte, die Regierung beschäftige sich ernsthaft mit dem Plane, den Luftkrieg durch internationale Vereinbarung völlig abzuschaffen. Eine ausreichende Verteidigung gegen Luftangriffe sei unmöglich.